

Demografische Information Nr. 29

Krause, I.

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krause, I. (1986). *Demografische Information Nr. 29*. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-399370>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

L. Krause

Demografische Information Nr. 29

In dieser demografischen Information werden die Hauptergebnisse der Studie "Sozialstruktur und Lebensweise in Städten" des Instituts für Marxistisch-Leninistische Soziologie bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vorgestellt. Die Studie trägt VD-Charakter.

Fragen der Analyse, Leitung und Planung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Ballungsgebieten und Städten erlangen durch den engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung und Annäherung der sozialen Klassen und Schichten und der gesellschaftlichen Entwicklung in den Bezirken, Kreisen, Städten und Landgemeinden eine wachsende Bedeutung.

Die der Studie zugrunde liegenden soziologischen Untersuchungen wurden hauptsächlich im Bezirk Dresden durchgeführt. Durch die Einbeziehung von Forschungsergebnissen aus anderen Territorien und anderer Institutionen besitzen die in der Studie festgehaltenen Ergebnisse einen hohen Verallgemeinerungsgrad. Wesentliche Grundlage der Untersuchungen bildeten die Materialien der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung (VBWGZ) vom 31. 12. 71 und der VBWGZ vom 31. 12. 1981.

Folgende Themen werden behandelt:

1. Funktion und soziale Struktur der Städte, ihre Rolle bei der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik
2. Zur Bevölkerungsentwicklung der Städte. Die Migration - ihre demografischen und sozialstrukturellen Aspekte
3. Zur sozialräumlichen Struktur der Stadt und des Stadt-Umlandes
4. Wohnbedingungen (unter besonderer Berücksichtigung der Situation und Entwicklung von Städten)

1. Funktion und soziale Struktur der Städte, ihre Rolle bei der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Bedeutung der Stadt in der sozialistischen Gesellschaft hat einen sehr hohen Stellenwert. Es ist wichtig hervorzuheben, daß die Stadt bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die entscheidende gesellschaftliche Bedeutung in politischer, ökonomischer und geistig-kultureller Hinsicht besitzt - ohne zu vergessen, daß die Entwicklung von Stadt und Land als einheitlicher sozialer Organismus eine wesentliche Bedingung für die sozialistische Gesellschaft bildet.

In der DDR wohnen über drei Viertel der Bevölkerung (1981 = 76,6 %) in Stadtgemeinden und ein noch größerer Teil aller Berufstätigen arbeitet dort (1971 = 82,2 %). In den industriellen Ballungsgebieten (= 13 % der Fläche des Territoriums der DDR) sind 42 % der Industriebeschäftigten konzentriert.

Des weiteren sind Städte besondere Konzentrationspunkte der Intelligenz. 1971 wohnten 83,6 % aller Fachschul- und 89,5 % aller Hochschulkader in Stadtgemeinden.

Das Wesen einer Stadt ist demzufolge von drei Merkmalen gekennzeichnet:

1. nichtlandwirtschaftlich tätige Bevölkerung
2. hohe Bevölkerungs- und Bebauungsdichte
3. Vielfalt und Mannigfaltigkeit der dort angesiedelten Institutionen

Gesellschaftliche Funktionen der Stadt verteilen sich unterschiedlich auf Städte verschiedener Größe, Lage und Struktur. Die Perspektive der Stadt wird also nicht durch einen bestimmten Stadttyp (z. B. Großstadt) repräsentiert, auch berechtigt die objektive Bedeutung der Stadt keinesfalls zur Abwertung der Rolle ländlicher Siedlungsformen.

Die Bevölkerungsentwicklung der Städte steht in einem gewissen Zusammenhang mit der Stadtgröße. Vor allem kleine Städte (insbesondere Städte mit Einwohnerzahlen unter 5000) haben überdurchschnittliche Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Bevölkerungsgewinne dagegen erzielten Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern. Auch in der altersstrukturellen Zusammensetzung der Stadtbewohner existieren Verknüpfungen mit der Stadtgröße. So ist die Bevölkerung im wirtschaftlich aktiven Alter in den größeren Städten relativ stärker vertreten als in den kleineren. Das Gegenteil gilt für die Rentner - Städte mit überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlust (Kleinstädte) weisen auch überdurchschnittliche Bevölkerungsanteile im Rentenalter auf.

Hinsichtlich des Qualifikationsniveaus der Berufstätigen existiert zwischen den Städten eine beträchtliche Differenziertheit.

Sie besteht vor allem in Unterschieden im Anteil der Hoch- und Fachschulkader sowie der wirtschaftlich Tätigen ohne Berufsausbildung. Die Gruppe der Facharbeiter/Meister dominiert in jeder Stadt. Der Anteil der Un- und Angelernten lag 1971 noch bei ca. 50 % und war 1981 auf 15 % zurückgegangen. Hoch- und Fachschulkader sind in den Städten überrepräsentiert, die überdurchschnittlich groß sind und in Städten mit einer relativ jungen Bevölkerung. Zwischen den Großstädten sind hierbei erhebliche Differenzierungen zu verzeichnen. So haben die Städte Berlin, Dresden, Halle/S. und Leipzig (Universitätsstädte) 1981 57,0 % der Professoren und Dozenten an Hochschulen und 55,0 % der Hochschuldirektstudenten, bei nur 15 % der gesamten DDR-Bevölkerung aufzuweisen.

2. Zur Bevölkerungsentwicklung der Städte. Die Migration - ihre demografischen und sozialstrukturellen Aspekte

Die Analyse und Planung der demografischen Entwicklung von Städten ist bedeutungsvoll für Entscheidungen, die den Umfang und die Standorte des Wohnungsbaus, die Standortverteilung der Produktivkräfte

und die weitere Gestaltung der Beziehungen von Stadt und Land - insbesondere den Abbau noch bestehender sozialer Unterschiede - betreffen.

Die Wohnbevölkerung der DDR verringerte sich von 1950 bis 1980 von 18 388 200 auf 16 739 500 Einwohner, d. h. auf 91 %.

Damit wohnten 1980 auf dem Territorium der DDR beinahe ebensoviele Bürger wie im Jahre 1939 (1939 = 16 745 000 Einwohner).

Der Anteil der Wohnbevölkerung in Stadtgemeinden wuchs von 71 % im Jahre 1950 auf 76 % im Jahre 1980.

Der Anteil der Stadtgemeinden an der Gesamtzahl der Gemeinden wuchs in dieser Zeit von 13,1 % auf 13,8 %. Die Anzahl der Großstädte wuchs von 11 auf 15 - der der Wohnbevölkerung in Großstädten von 21 % im Jahre 1950 auf 26 % im Jahre 1980.

Es ist ersichtlich, daß unter den Bedingungen der DDR von einer *r a s c h e n* Wachstum der Stadtbevölkerung nicht gesprochen werden kann. In der DDR erfolgte und erfolgt ein Wachstum der Städte nur in Gestalt der Migration (Wanderungsgewinne) und durch die Spätfolgen der Migration (Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschüsse). Der Altersdurchschnitt der Migranten liegt bedeutend unter dem der stabilen Wohnbevölkerung; jüngere Altersgruppen (18 bis 35 Jahre) sind also territorial mobiler als ältere. Erst nach dem 60. bzw. 65. Lebensjahr kommt es in den entsprechenden Altersgruppen wieder zu einem leichten Anstieg der migrationalen Mobilität (Aufhebung der Berufsbindung, Wanderung zu den Kindern usw.). Der relativ hohe Anteil älterer Bürger in einigen Städten und Gemeinden erklärt sich demnach nicht nur aus dem Weggang jüngerer Bürger und der hohen Wohnbindung der älteren, sondern zugleich in gewissem Umfang aus dem Zuzug älterer Menschen in bestimmte Städte ("Altersmobilität").

Da die Population der Migranten vorwiegend aus Berufstätigen besteht, ergeben sich enge Zusammenhänge bzw. Einflüsse auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen.

In Städten und Gemeinden mit hohen Wanderungsgewinnen weist demnach die Wohnbevölkerung einen hohen Anteil von Bürgern im arbeitsfähigen Alter auf. Entsprechend niedriger ist der Anteil Berufstätiger in Städten und Gemeinden mit hohen Wanderungsverlusten.

Verallgemeinernd kann festgestellt werden: Die soziale Schicht der Intelligenz ist eine territorial besonders mobile Gruppe, während die Arbeiterklasse eine größere territoriale Stabilität aufweist und sich in stärkerem Maße aus der stabilen Wohnbevölkerung reproduziert. Genossenschaftsbauern sind die territorial stabilste Gruppe.

Migrationsursachen sind sehr unterschiedlicher Natur. Ein wesentlicher Grund für Migration sind die Wohnbedingungen. Das Wachstum des Wohnungsbestandes und der Zuwachs an Komfortwohnungen sind entscheidende Ursachen positiver Wanderungssalden, während schlechte Wohnbedingungen die Abwanderung der Bevölkerung begünstigen. Ein- und Zweifamilienhäuser erweisen sich als "attraktive, die Wohnverbundenheit stark beeinflussende Wohnform". Hier kommt auch ein wichtiger Unterschied in der Ausprägung von Wohnortbindung zwischen Städten und ländlichen Siedlungen zum Ausdruck. Nachgewiesenermaßen stehen Wohnortbindung und Migrationsbereitschaft in engem Zusammenhang. Nicht nur die Wohnung selbst, sondern auch die soziale Qualität des Wohngebiets und des Wohnorts beeinflussen die Wohnortbindung in starkem Maße.

Zusammenfassend kann man schlußfolgern, daß Migrationsprozesse "ein Indikator für Niveauunterschiede in den Wohnbedingungen zwischen den Quell- und Zielorten der Wanderungen" sind.

Allerdings ist die planmäßige Entwicklung der Wohnbedingungen allein noch keine ausreichende Bedingung für eine gezielte Steuerung der Migration. Wanderungsgründe basieren auf einem Komplex von Motivationen (z. B. arbeitsbedingte, ausbildungsbedingte, altersbedingte, familiäre und gesundheitliche Gründe).

Aus vorliegenden Untersuchungen geht hervor, daß in der Hinsicht wichtiger Unterschied zwischen der innerbezirklichen und der außerbezirklichen Migration darin besteht, daß bei überbezirklichen Wanderungen der Stellenwert arbeits- und ausbildungsmotivierter Gründe höher und der gesundheitlich bedingten bzw. familiären Gründe insgesamt niedriger ist als der bei der innerbezirklichen Migration.

3. Zur sozialräumlichen Struktur der Stadt und der Stadtentwicklung
Unter der sozialräumlichen Struktur einer Stadt versteht man die territoriale Verteilung von Angehörigen der verschiedenen sozialen Klassen, Schichten und Gruppen und somit auch die soziale Struktur der verschiedenen relativ selbständigen Gebietstypen der Stadt. Es existieren demnach sowohl Differenzierungen innerhalb administrativ selbständiger Städte, als auch zwischen den Gemeinden im sozial- und volkswirtschaftlicher Beziehung. Unter sozialräumlichen Bedingungen nehmen - neben den natürlich weitestgehend bestehenden Unterschiede - die sozialräumlichen Gemeinsamkeiten vor. Beispielsweise gibt es keine Ausschließlichkeit des Wohnens bestimmter sozialer Gruppen in einem Gebiet mehr. Zu bemerken ist zwar in diesem Zusammenhang, daß soziale Gemeinsamkeiten und soziale Nähe nicht immer ohne Probleme sind. Durch die räumliche Nähe verschiedener sozialer Gruppen und die Aukerung ihrer differenzierten Interessen können u. U. soziale Unterschiede (die objektiv auch vorhanden sind) bewußter werden. Das kann einerseits Verständnisse zwischen den Gruppen fördern, andererseits aber auch Konflikte provozieren. Bei all ihrer differenzierten sozial- und Interessensstruktur besitzen die Bewohner gleicher Wohngebiete objektiv gleiche Interessen, die sich aus den gemeinsamen Bedingungen in ihrem Wohngebiet ergeben. Diese Interessenslage ist eine Ursache für die soziale Kommunikation und das Funktionieren des Wohngebietes.

4. Wohnbedingungen

Im Zeitraum zwischen der VBWGZ 1971 und der VBWGZ 1981 haben sich die Wohnbedingungen im DDR-Maßstab folgendermaßen verändert:

Wohnräume insgesamt:	114,5 %
Wohnungsbestand:	108,3 %
Wohnfläche insgesamt:	117,9 %
1 - Raum - Wohnungen:	77,3 %
2 " "	97,1 %
3 " "	119,6 %
4 " "	129,1 %
5 " "	133,8 %
6 " " und größere:	103,1 %
Wohnungen mit weniger als 50 m ² :	80,8 %
Wohnungen mit modernen Heizungsarten:	361,2 %
Wohnungen mit Bad/Dusche:	190,9 %
Wohnungen mit IWC:	166,1 %
Anzahl der stark überbelegten Wohnungen:	36,2 %
Anzahl der stark unterbelegten Wohnungen:	312,8 %

Sowohl die Zahl der Wohnungen und Wohnräume hat sich demnach in diesem Zeitraum erhöht, als auch der Ausstattungsgrad (Qualität der Wohnbedingungen !) verbessert.

Je Person stehen im DDR-Maßstab 24,2 m², sowie 111,4 Wohnräume je 100 Personen zur Verfügung.

In der DDR gab es 1981 622 391 stark unterbelegte Wohnungen.

Das waren von der Gesamtzahl aller Wohnungen (= 6 327 480) ca. 10 %.

Von diesen unterbelegten Wohnungen befinden sich 64 % in Ein- und Zweifamilienhäusern und 36 % in Mehrfamilienhäusern. Von den 1 586 913 in Ein- und Zweifamilienhäusern befindlichen Wohnungen mit drei und mehr Wohnräumen sind somit 25 % stark unterbelegt; von den 2 179 529 Wohnungen mit drei und mehr Wohnräumen in Mehrfamilienhäusern dagegen nur 10 %.

Das Problem stark unterbelegter Wohnungen ist somit vor allem ein Problem privater Ein- und Zweifamilienhäuser.

Hinsichtlich des Ausstattungs-niveaus mit IWC sowie Wasserleitungen in den Wohnungen existiert in der DDR ein "Stadt-Land"-Unterschied - nicht zuungunsten des "Landes", sondern der "Stadt" bzw. urbanisierter Gebiete - der traditionellen Industriegebiete im Süden der DDR. Durch Wohnungsneubau erfolgte in den vergangenen Jahren ein großer Zuwachs an Wohnungen, die sich in gutem Zustand befinden und einen zufriedenstellenden Ausstattungsgrad aufweisen. Nicht zu übersehen ist, daß der Verschleiß der vorhandenen Bausubstanz weiter fortgeschritten ist und noch weiter fortschreitet. Zu den bedenklichsten, nicht geplanten und nicht beabsichtigten Entwicklungen seit 1971 gehört, daß in den Jahren 1971 bis 1981 in der DDR insgesamt 1 084 704 Neubauwohnungen fertiggestellt wurden, der tatsächliche Zuwachs an bewohnten Wohnungen aber nur 394 389 beträgt. Diese Differenz von 690 315 Wohnungen erklärt sich einerseits aus der Zusammenlegung von Wohnungen (Verbesserung der Wohnbedingungen), andererseits aber auch aus dem Abriss verschlissener Bausubstanz.

Ein anderer Indikator für den Verschleiß der Bausubstanz ist die Zahl und der Anteil leerstehender Wohnungen. In der DDR wuchs die Zahl leerstehender Wohnungen im Zeitraum 1971 bis 1981 von 82 871 auf 200 742 - das ist ein Wachstum auf 242 %!

Während der Wohnungsbestand seit 1971 auf 109 % gestiegen ist, erhöhte sich die Zahl der bewohnten Wohnungen nur auf 105 %.

Die leerstehenden Wohnungen bilden einen Anteil von 3 % aller Wohnungen in der DDR.

Zum hohen Verschleißgrad der eigentlichen Wohnraums substanz kommt ein z. T. fortschreitender Verschleiß von: Verkaufsstellen u. a. Dienstleistungseinrichtungen, der Grundfonds im Bereich des Gesundheitswesens, von Institutionen auch zur Befriedigung geistig-kultureller Bedürfnisse. Im DDR-Maßstab lag der Verschleißgrad der kulturellen Grundfonds Ende 1980 bei 53 %, darunter von Ge-

bäuden und baulichen Anlagen bei 52 %, von Ausstattungen bei 58 %. Es handelt sich hierbei um Einrichtungen, deren Vorhandensein und Gebrauch eine unbedingte Voraussetzung des Wohlfühlens im Wohngebiet darstellen.

Es ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Der vorhandene Wohnungsbedarf erfordert eine Erweiterung des Wohnungsbestandes sowohl durch die Fortsetzung des Wohnungsneubaus, als auch durch die Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz (einmal der Wohnbausubstanz, zum anderen aber auch der zugehörigen Infrastruktur).
2. Die Standortwahl des Wohnungsneubaus muß sowohl nach den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung, als auch nach den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung vorgenommen werden. Die Notwendigkeit der veränderten Standortwahl des Wohnungsneubaus ist unverkennbar. Der Wohnungsbau wird immer mehr zu einem Wohnungsbau an kleineren und zahlreicheren Standorten.
3. Der Erhaltung, Modernisierung und Erweiterung der technischen und sozialen Infrastruktur muß in den kommenden Jahren größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.